



Berufsgeheimnis

Die berufliche Schweigepflicht ("Berufsgeheimnis") ist gesetzlich geregelt: die SPZ-Mitarbeiter/innen dürfen einer anderen Privat- oder Fachperson nur mit dem Einverständnis der Klienten/innen eine Auskunft erteilen. Das gilt auch Familienangehörigen von Klienten gegenüber.

Die Beratungsarbeit erfordert bei manchen Klienten Absprachen mit anderen behandelnden Ärzten, Einrichtungen und Diensten, oder die Einbeziehung von Angehörigen, oder Nachfragen bei überweisenden Behörden, z.B. um

- die Zuständigkeiten der beteiligten Dienste, Ärzte und Therapeuten zu klären,
- Ziele und Etappen der Behandlung definieren und Übergänge zwischen den Behandlungsformen zu schaffen,
- sich gegenseitig Rückmeldung über die Entwicklung des Klienten und seiner Situation zu geben,
- Krisen aufzufangen bzw. ihnen vorzubeugen,
- die soziale Integration zu fördern.

Wenn der Klient/die Klientin sein (ihr) Einverständnis dazu gibt, können solche Absprachen statt finden. Diese müssen der Behandlung des Klienten nützen, sich auf das Wesentliche beschränken und die Privatsphäre des Klienten schützen.

Entsprechend dem Grundsatz der Transparenz sind die Klienten/innen in die Absprachen einbezogen:

- entweder nehmen sie selbst an der Besprechung teil,
- oder ihr Therapeut bereitet mit ihnen vor, was dieser dort besprechen wird, und die Klienten erhalten hinterher von ihm eine Rückmeldung über die Ergebnisse.

Die Partner solcher Absprachen variieren je nach Beratungsbereich und nach Situation der Klienten/innen. Einige Beispiele:

- Sozialhilfezentren, Krankenkassen und Vertrauensärzte, Dienststelle für Personen mit Behinderung, Asylbüro,...
- psychiatrische Kliniken und Tageskliniken, neurologische und andere fachärztliche Abteilungen, Hausärzte, Suchtfachkliniken, Ärzte und Apotheker, Heimpflegedienste, Opferbetreuungsdienste, Dienste zur Förderung der sozialen Integration...
- Dienste der Justizbehörden für die Betreuung von Straftätern.
- kinder- und jugendpsychiatrische Einrichtungen und Fachärzten, Kinderärzte, PMS-Zentren und Schulen, therapeutische Einrichtungen wie KITZ und Frühhilfe, freischaffende Ergotherapeuten, Psychotherapeuten und Logopäden...
- Jugendhilfedienst und Jugendgerichtsdienst, wenn diese Auftraggeber für die Beratung von Eltern und Familien und von Therapie von Kindern und Jugendlichen sind.